

FOOD & DRINK

e-briefing

Food and Drink – Europa, Österreich, Deutschland, Schweiz

01/2012

Inhalt

- 1 Grußwort
- 1 Liste über zulässige „Health Claims“ fix
 - Zulassung des natürlichen Süßungsmittels Steviolglycosid
- 2 Neue Listen für Lebensmittelzusatzstoffe verabschiedet
- 2 Präzisierung der „Bestpreisgarantie“
- 2 Doppelter Schutz ausgeschlossen
- 3 Änderung der Spirituosenverordnung
- 3 Änderung der Salmonellenverordnung
- 3 Neue Trinkwasserverordnung in Kraft
- 4 In welchen Betrieben werden im Jahr 2012 amtliche Kontrollen durchgeführt?
- 4 Neue umfangreiche Informationspflichten bei gesundheitlich nicht erwünschten Stoffen
- 3 Bereithaltung von Information zum Erzeugungsdatum und Einfrierdatum
- 4 Laufende Anpassungen an das EU-Recht
- 4 Totalrevision Spielzeugverordnung
- 5 Mengenangaben auf Fertigpackungen
- 5 Weisung Nr. 7 des BAG zur Umsetzung der Melde- und Bewilligungspflicht für Betriebe, die mit Lebensmitteln umgehen
- 5 Neue ausserparlamentarische Kommission für Internationale Lebensmittelsicherheit (EKIL)



Mag. Alexander Stoltzka,
Managing Partner Eversheds
Österreich

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Newsletter wollen wir Sie über aktuelle rechtliche Änderungen im Lebensmittelrecht informieren.

Wir freuen uns über Ihr Feedback und stehen Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Mag. Alexander Stoltzka



Liste über zulässige gesundheitsbezogene Angaben auf Lebensmitteln („Health Claims“) fix

Am 21.3.2012 hat der für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments nun die abschließende Liste zulässiger gesundheitsbezogener Angaben auf Lebensmitteln veröffentlicht, die nun nur noch durch die EU-Kommission formal genehmigt werden muss. Danach wird diese Liste im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt unmittelbar in Kraft. Unternehmen wird noch eine 6-monatige Übergangsfrist zum Verkauf der Lagerbestände gewährt werden. Danach sind nur noch die 200 auf dieser Liste befindlichen gesundheitsbezogenen Angaben auf Lebensmittel zulässig, soweit das Produkt im Übrigen die in der Liste genannten Voraussetzungen erfüllt. Damit wurde die Liste zulässiger Angaben von 1.600 auf 200 reduziert.



Zulassung des natürlichen Süßungsmittels Steviolglycosid

Stevia ist ein aus der Pflanze *Stevia rebaudiana* („Süßkraut“, auch „Honigkraut“) gewonnenes Stoffgemisch, das als Süßstoff verwendet wird. Steviaprodukte können bis zu 300-fache Süßkraft von Zucker haben, gelten als nicht kariogen und für Diabetiker geeignet.

Nachdem Studien der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) für Stevia weder eine Genotoxizität noch eine krebserregende Wirkung nachweisen konnten, hat die Europäische Kommission am 14.11.2011 im Zuge der Neubewertung von Zusatzstoffen die Verwendung des natürlichen und aus der

Stevia-Pflanze gewonnenen Süßungsmittels Steviolglycosid in mehreren Lebensmittel- und Getränkekategorien z.B. für alkoholfreie Erfrischungsgetränke, Speiseeis und Konfitüre genehmigt.

Steviolglycoside sind damit seit dem 02.12.2011 in der Europäischen Union grundsätzlich – und unter Beachtung des je nach Produktgruppe differierenden Höchstwertes – als Lebensmittelzusatzstoffe unter der Bezeichnung E 960 zugelassen.



Neue Listen für Lebensmittelzusatzstoffe verabschiedet

Am 14.11.2011 hat die Europäische Kommission zwei Zusatzstoff-Verordnungen verabschiedet, mit denen die Transparenz für Verbraucher erhöht und der Lebensmittelindustrie eine solide Grundlage für die Entwicklung neuer innovativer und sicherer Produkte geliefert werden soll.

Mit den Verordnungen gehen zwei neue Listen einher. Die erste Liste betrifft Lebensmittelzusatzstoffe und wird ab Juni 2013 gelten. Sie soll es Verbrauchern, Lebensmittelunternehmen und Kontrollbehörden ermöglichen, schnell herauszufinden, welche Zusatzstoffe für ein bestimmtes Lebensmittel zugelassen sind und wird auch in einer Online-Datenbank abrufbar sein.

Die zweite Liste betrifft Zusatzstoffe in Stoffen, die Lebensmitteln zugesetzt werden, beispielsweise andere Zusatzstoffe, Enzyme, Aromen und Nährstoffe; sie gilt ab dem 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU. Die zugelassenen Verwendungen von Zusatzstoffen sind künftig nach der Lebensmittelkategorie aufgeführt, in der sie verwendet werden dürfen. Die Kommission sieht dies als bedeutende Verbesserung gegenüber den alten Listen, die in mehreren Anhängen drei verschiedener Richtlinien enthalten waren.

Beide Listen dienen der Durchführung der im Dezember 2008 verabschiedeten Rahmen-Verordnung (EG) Nr. 1333/2008.



Präzisierung der "Bestpreisgarantie"

Mit seiner Entscheidung 4 Ob 76/11x präzisierte der OGH seine Rechtsprechung zur „Bestpreisgarantie“ im Lebensmitteleinzelhandel.

Eine allgemein und nicht näher spezifiziert beworbene "Bestpreisgarantie" ist demnach nur an österreichweit gültigen Preisen zu messen, die Mitbewerber bei Ladenverkäufen im regulären Geschäftsbetrieb verlangen. Bei der Preisfestsetzung nicht zu beachten sind hingegen regionale Sonderangebote, sowie im online-Handel verlangte Preise und Sonderaktionen anlässlich von Geschäftseröffnungen bzw.- schließungen.

Preise von Mehrmengenangeboten (bei gleicher Stückanzahl) und Gutscheinangebote sind jedoch, sofern es sich um eine österreichweite Aktion handelt und die Gutscheine für Interessenten leicht verfügbar sind (z.B. Auflage der Gutscheine in allen Geschäftsfilialen), einzubeziehen.

Doppelter Schutz ausgeschlossen

Die Bezeichnung für ein Agrarerzeugnis oder Lebensmittel kann nur alternativ als eine nach Unionsrecht schützbares Ursprungsbezeichnung bzw. geografische Angabe oder als nach Unionsrecht nicht schützbares einfache und mittelbare geografische Herkunftsangabe zu beurteilen sein. Eine Bezeichnung kann daher in einem Staat nicht in beide Kategorien fallen.

Ausgangsfall der OGH-Entscheidung vom 09.08.2011 (17 Ob 20/11g) war die Bezeichnung „Bud“, die vor dem Beitritt von Tschechien zur EU dort als Ursprungsbezeichnung geschützt war. Dieser Schutz wurde durch ein bilaterales Abkommen mit Österreich von 1976 auf Österreich ausgedehnt. Nach Beitritt Tschechiens zur EU wurde die Bezeichnung nicht fristgerecht zur Eintragung als Ursprungsbezeichnung nach dem Unionsrecht angemeldet. Da die Bezeichnung „Bud“ als qualifizierte Herkunftsangabe nach Unionsrecht (VO (EWG) 2081/1992 oder VO (EG) 510/2006) geschützt wäre, kann die Bezeichnung in Tschechien wegen des abschließenden Charakters der unionsrechtlichen Schutzregelung nicht als schlichte Herkunftsbezeichnung geschützt sein. In einem Vorabentscheidungsverfahren stellte der EuGH fest, dass bilaterale Abkommen zwischen zwei Mitgliedstaaten nur dann zur Anwendung kommen, wenn sie nicht dem Unionsrecht widersprechen. Da in Tschechien kein Schutz der Bezeichnung besteht, entfaltet der bilaterale Vertrag zwischen Österreich und Tschechien keine Schutzwirkung mehr.

Änderung der Spirituosenverordnung

Die geografische Angabe „Somerset Cider Brandy“ muss auf der Etikettierung die Verkehrsbezeichnung „Cider Spirit“ enthalten um die Verbraucher in den Mitgliedstaaten über die wahre Beschaffenheit der Erzeugnisse aufzuklären. Gleichzeitig wird „Somerset Cider Brandy“ als geografische Angabe in Anhang III der Verordnung eingetragen. Als weitere Änderung wird dem Anhang eine neue Kategorie „aromatisierter Wodka“ eingefügt. Außerdem wird klargestellt, dass sich die geografische Angabe „Irish Cream“ auch auf entsprechende Erzeugnisse aus Nordirland erstreckt. Spirituosen, die den Änderungen noch nicht entsprechen dürfen weiterhin in Verkehr gebracht werden, bis die Bestände erschöpft sind. Bereits gedruckte Etikette können bis 31.12.2012 verwendet werden.

Änderung der Salmonellenverordnung

Mit der Verordnung (EU) 1086/2011 wurden die Verordnungen 2160/2003 und 2073/2005 mit dem Ziel die mikrobiologischen Kriterien für Salmonellen in frischem Geflügelfleisch zu verschärfen geändert.

Neue Trinkwasserverordnung in Kraft

Seit kurzem sind die Änderungen der Trinkwasserversorgung in Kraft getreten. Hiermit wird der Schutz der Verbraucher vor verunreinigtem Trinkwasser weiter erhöht. Unter anderem wurden die Untersuchungs- und Anzeigepflichten in Bezug auf eine Legionellenbelastung des Trinkwassers verschärft; ferner wurden Parameter für Uran eingeführt.

Von den Änderungen können auch Lebensmittelunternehmen betroffen sein, da als Trinkwasser im Sinne der Verordnung grundsätzlich – im Gegensatz zu beispielsweise natürlichem Mineralwasser – auch dasjenige Wasser gilt, das in einem Lebensmittelbetrieb verwendet wird für die Herstellung, Behandlung, Konservierung oder zum Inverkehrbringen von Erzeugnissen oder Substanzen, die für den menschlichen Gebrauch bestimmt sind.



In welchen Betrieben werden im Jahr 2012 amtliche Kontrollen durchgeführt?

Die deutschen Bundesländer kontrollieren regelmäßig, ob lebensmittel-, wein- und tabakrechtliche Vorschriften eingehalten werden. Die amtlichen Kontrollen werden sowohl aufgrund von Risikoanalysen als auch anhand repräsentativ ausgewählter Produkte, also flächendeckend durchgeführt. Der Bundesweite Überwachungsplan wird gezielt auf Basis einer Risikoanalyse entwickelt. Dadurch unterscheidet er sich vom Monitoring, welches den Zweck verfolgt, mögliche gesundheitliche Risiken für die Verbraucher frühzeitig zu erkennen. Die Länder haben nun in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) den Bundesweiten Überwachungsplan für das Jahr 2012 abgestimmt und damit darüber entschieden, welche Produktklassen und Arten von Betrieben besonderes ins Visier der Kontrolleure genommen werden. Ob Ihr Betrieb oder eine von Ihnen gehandelte Produktklasse im Jahr 2012 voraussichtlich hierzu gehören werden, können Sie der Website des BVL (www.bvl.bund.de) oder dem Anhang zu diesem Newsletter entnehmen.



Neue umfangreiche Informationspflichten bei gesundheitlich nicht erwünschten Stoffen

Für deutsche Lebensmittel- und Futtermittelunternehmer gelten neue umfangreiche Informationspflichten. Als Konsequenz aus der Dioxinaffäre der Jahre 2010/2011 ist es künftig nach § 44a Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch verpflichtend, bei Nachweis gesundheitlich nicht erwünschter Stoffe in oder an Lebens- oder Futtermitteln die zuständige Behörde zu informieren. Wann und wie diese Benachrichtigung zu erfolgen hat, regelt die Verordnung zu Mitteilungs- und Übermittlungspflichten zu gesundheitlich nicht erwünschten Stoffen, die am 1. Mai 2012 in Kraft tritt.



Laufende Anpassungen an das EU-Recht

Das Bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU und die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen bedingen materiell gleichwertige Bestimmungen zwischen den Vertragspartnern. Dies führt zu laufenden Anpassungen der schweizerischen Gesetze und Verordnungen im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände.

Am 6. Dezember hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) das Anhörungsverfahren für eine Reihe von kleineren und größeren (Teil)-Revision eröffnet, welches bis zum 1. März 2012 dauert. Die Revisionsvorlagen betreffend die Tabakverordnung (Beitrag zur Brandverhütung), Anpassungen zur Verordnung über kosmetische Mittel, sowie eine Totalrevision des Spielzeugrechts.



Totalrevision Spielzeugverordnung

Spielzeug wird im Art. 43 LGV (Verordnung über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände) definiert: alle Gegenstände, die bestimmt oder geeignet sind, von Kindern bis 14 Jahren zum Spielen verwendet zu werden. Mit der Revision wird die Europäische Spielzeug-Richtlinie 2009/48 EG in das schweizerische Recht umgesetzt.

Die Neuerungen umfassen insbesondere:

- Umfang und Regelungsdichte, insbesondere in Bezug auf die Sicherheitsanforderungen,
- Übernahme der Anhänge der EU-Spielzeug-RL
- Genaue Definition der Verpflichtungen von Herstellern, Importeuren und Händlern
- Regelung der Rückverfolgbarkeit von Spielzeug
- Definition der Warnhinweise auf Spielzeug
- CE-Kennzeichnung
-

In der EU sind die Bestimmungen der Spielzeug-Richtlinie bereits seit Juli 2011 anwendbar, das BAG plant deshalb eine sehr kurze Übergangsfrist von 6 Monaten, und möchte die neuen Bestimmungen im Sommer 2012 in Kraft setzen.



Mengenangaben auf Fertigpackungen

Die geltende Deklarationsverordnung und die dazu gehörende Verordnung über technische Vorschriften aus dem Jahr 1998 weisen verschiedene Mängel auf. Sie wurden vollständig überarbeitet und sollen in eine neue „Mengenabgabeverordnung“ überführt werden. Ziel ist es, die neuen technischen Möglichkeiten zu berücksichtigen und die Verordnung den Entwicklungen im internationalen Recht anzupassen, insbesondere den geltenden Vorschriften in der EU. Mit der Revision wird u.a. auch das Anbringen des Konformitätszeichens „e“ geregelt.

Sehr kontrovers beurteilt wird die Nennfüllmenge für Weine: in Europa gibt es ausschliesslich 25 cl und 75 cl Flaschen. Die Schweiz ist das einzige Land, welches 20 cl und 70 cl Flaschen national zulässt.

Die entsprechende Vernehmlassung im Anhörungsverfahren wurde Ende Dezember 2011 abgeschlossen. Umstellung oder weiterhin Nebeneinander – das wird die grosse Frage sein.



Weisung Nr. 7 des BAG zur Umsetzung der Melde- und Bewilligungspflicht für Betriebe, die mit Lebensmitteln umgehen

Art. 12 und 13 der Verordnung über Lebensmittel- und Gebrauchsgegenstände regeln die Melde- und Bewilligungspflicht für Lebensmittelbetriebe. Hintergrund ist das angestrebte Äquivalenzabkommen mit der EU, und der damit verbundenen Abbau der Grenzkontrollen. Die Umsetzung dieser Bestimmungen in Übereinstimmung mit dem EG-Recht wirft viele Detailfragen auf, es kann auch unklar sein, ob eine Bewilligung benötigt wird oder nicht. Zu dieser Frage enthält die Weisung einen Entscheidungsbaum.

Mit seiner Weisung Nr. 7 vom 12. Dezember 2011 hat das BAG die entsprechenden Erläuterungen vom Oktober 2010 aktualisiert. (Website BAG / Themen / Rechts- und Vollzugsgrundlagen / Weisungen).



Neue außerparlamentarische Kommission für Internationale Lebensmittelsicherheit (EKIL)

Der Bundesrat hat die Mitglieder einer neuen ausserparlamentarischen Kommission für Lebensmittelsicherheit gewählt. Die Kommission besteht aus Vertretern der Bereiche Vollzug, Konsum, Produktion, Handel und Wissenschaft. Sie soll „die Interessen der schweizerischen Produzenten und Konsumenten wahren sowie die Kohärenz des Lebensmittelrechts auf nationaler und internationaler Ebene gewährleisten“.

Team „Food & Drink“

Wir freuen uns, Ihnen in diesem Rahmen unser Team „Food & Drink“ aus Deutschland, Österreich und der Schweiz vorstellen zu können:



Mag. Alexander Stolzka

Managing Partner –Eversheds, Wien

Alexander Stolzka betreut nationale und internationalen Handels- und Industrieunternehmen aus dem Anlage- und Konsumgüterbereich inklusive Lebensmittelhandel.

Tel: +43 1 51620 150

Email: a.stolzka@eversheds.at



Dr. Joos Hellert, LL.M.

Partner – Heisse Kursawe Eversheds, München

Joos Hellert hat sich auf Mandanten im Bereich Einzelhandel und Konsumgüterindustrie spezialisiert. Vor seinem Eintritt bei Heisse Kursawe Eversheds war Joos Hellert als Head of Legal für Burger King in Zentraleuropa tätig und daher insbesondere auch für den Bereich des Lebensmittelrechts verantwortlich.

Tel: +49 89 545 65 185

E-Mail: joos.hellert@eversheds.de



Dr. Leonz Meyer, LL.M.

Managing Partner – Eversheds Schmid Mangeat, Zürich
Gründungspartner SCHMID Rechtsanwälte

Anwaltliche Tätigkeit in Brüssel und London, langjähriger Partner bei einer der größten Schweizer Wirtschaftskanzleien, Verwaltungsrat verschiedener Schweizer Gesellschaften, Beiräte und Aufsichtsräte österreichischer Unternehmen.

Tel: +41 44 204 90 90
E-Mail: leonz.meyer@eversheds.ch

Diese Veröffentlichung hat den Stand April 2012. Die darin enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und ohne vorherige Beratung im Einzelfall nicht als Entscheidungsgrundlage geeignet. Insbesondere ersetzen sie keine rechtliche Beratung im Einzelfall. Für die Vollständigkeit und Richtigkeit der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen wird keine Haftung übernommen.

© Eversheds Österreich (Wien), Heisse Kursawe Eversheds Rechtsanwälte Partnerschaft (München), Eversheds Schweiz (Zürich)

Als redaktioneller Ansprechpartner im Sinne des § 55 RStV steht Ihnen zur Verfügung: Frau Stefanie Bandau, Heisse Kursawe Eversheds Rechtsanwälte Patentanwälte Partnerschaft, Maximiliansplatz 5, 80333 München, Deutschland, s.bandau@heisse-kursawe.com

Eversheds Österreich | Stoltzka & Partner Rechtsanwälte OG mit Sitz in Wien ist im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien unter FN 279 030p 1 eingetragen

Eversheds Österreich, Heisse Kursawe Eversheds und Eversheds Schweiz sind Mitglieder von Eversheds International Limited.